

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion im Rat der Kreis- und Hochschulstadt Meschede
Katharina Bischke
Fraktionsvorsitzende
Goethestr. 4
59872 Meschede
01522/4033822
katharina.bischke@gruene-meschede.de

Herrn Bürgermeister
Christoph Weber
Franz-Stahlmecke-Platz 2
59872 Meschede

Meschede, den 06.05.2026

Informationskampagne zum Umgang mit invasiven Pflanzenarten im Stadtgebiet Meschede

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Weber,

die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rat der Kreis- und Hochschulstadt Meschede stellt folgenden Antrag.

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird beauftragt, eine zielgerichtete Informationskampagne zum Umgang mit invasiven Pflanzenarten im Stadtgebiet Meschede durchzuführen, insbesondere zu:

- Japanischem Staudenknöterich (*Fallopia japonica*)
- Riesenbärenklau (*Heracleum mantegazzianum*)

Die Kampagne soll folgende Inhalte umfassen:

1. Erkennung und sichere Bestimmung der genannten Arten
2. Hinweise zu Gesundheitsrisiken (insbesondere beim Riesenbärenklau)
3. Handlungsempfehlungen zur fachgerechten Entfernung
4. Hinweise zur rechtssicheren und sachgerechten Entsorgung
5. Klarstellung der Zuständigkeiten (öffentliche Flächen vs. Privatgrundstücke)

Die Informationen sollen über geeignete Kanäle bereitgestellt werden, insbesondere:

- städtische Homepage
- Informationsflyer
- ggf. lokale Pressearbeit
- Hinweise über Schulen, Vereine und Bürgerinformationen

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit beim Bauhof oder einer geeigneten Einrichtung eine Möglichkeit zur gesonderten Annahme und Entsorgung von belastetem Pflanzenmaterial (insbesondere Knöterich und Riesenbärenklau) geschaffen werden kann.

Die Ergebnisse der Prüfung sowie ein Umsetzungskonzept sind dem zuständigen Fachausschuss vorzulegen.

Begründung

1. Schutz der Einwohner*innen und Gesundheitsvorsorge

Der Riesenbärenklau stellt eine konkrete Gefährdung für die Bevölkerung dar. Unsachgemäßer Umgang kann zu erheblichen Hautschäden führen. Eine gezielte Information der Bevölkerung dient daher unmittelbar dem Schutz der Einwohner*innen und reduziert gleichzeitig Risiken im öffentlichen Raum.

2. Eigenverantwortung auf Privatgrundstücken stärken

In Gesprächen mit dem Bauhof wurde deutlich, dass es von Zeit zu Zeit vorkommt, dass Einwohner*innen die Stadt (Bauhof) um Hilfe bei der Entfernung invasiver Pflanzen auf Privatgrundstücken bitten. Da hierfür keine Zuständigkeit der Stadt besteht, entstehen ein unnötiger Verwaltungsaufwand, Frustration bei den Einwohner*innen und eine ineffiziente Nutzung kommunaler Ressourcen.

Eine klare Informationskampagne schafft hier:

- Transparenz über Zuständigkeiten
- konkrete Hilfestellung zur Selbsthilfe
- Entlastung des Bauhofs

3. Vermeidung von Fehlentsorgung und weiterer Ausbreitung

Ein zentrales Problem besteht darin, dass Pflanzenreste häufig unwissentlich unsachgemäß entsorgt werden (z. B. über Kompost oder illegale Ablagerung). Gerade beim Staudenknöterich führt dies unmittelbar zur weiteren Verbreitung, da kleinste Pflanzenteile wieder austreiben können und Rhizome durch Kompostierung nicht sicher zerstört werden. Eine Informationskampagne kann hier konkret eine ungewollte Ausbreitung und zusätzliche Kosten für spätere aufwendige Bekämpfungsmaßnahmen und Schäden an Uferböschungen und Dämmen verhindern.

4. Praktische Unterstützung statt zusätzlicher Bürokratie

Die Maßnahme ist bewusst niedrigschwellig angelegt:

1. Bereitstellung verständlicher Informationen
2. klare Handlungsempfehlungen
3. einfache Kommunikationswege

Dadurch wird kein zusätzlicher Verwaltungsapparat aufgebaut, sondern vorhandene Strukturen werden effizient genutzt.

5. Prüfung einer geordneten Entsorgungslösung

Derzeit besteht für Einwohner*innen häufig Unsicherheit, wie Pflanzenmaterial korrekt entsorgt werden kann. Eine geprüfte Lösung (z. B. zeitweise Annahmestellen oder definierte Entsorgungswege) würde:

1. illegale Entsorgung reduzieren
2. weitere Ausbreitung verhindern
3. Handlungssicherheit für Einwohner*innen schaffen

Finanzielle Auswirkungen

Die Kosten beschränken sich im Wesentlichen auf:

- Erstellung von Informationsmaterialien
- ggf. Druckkosten
- geringe Verwaltungsaufwände

Die Prüfung einer Entsorgungslösung erfolgt zunächst ergebnisoffen.

Insgesamt ist von geringen Kosten bei gleichzeitig präventiv hohem Nutzen auszugehen.

Erwartete Ergebnisse

- Bessere Aufklärung bei der Identifizierung und Instruktion der Bevölkerung über Behandlung und Vorgehensweise zur Bekämpfung von invasiven Pflanzenarten
- Reduzierung von Fehlanfragen beim Bauhof
- Vermeidung unsachgemäßer Entsorgung
- Beitrag zur Eindämmung invasiver Arten im Stadtgebiet
- Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Raum

Beschlusskontrolle

Die Verwaltung berichtet dem zuständigen Ausschuss innerhalb von sechs Monaten über:

- a. Stand und Umsetzung der Informationskampagne
- b. Ergebnisse zur Prüfung der Entsorgungslösung

Mit freundlichen Grüßen





BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion im Rat der Kreis- und Hochschulstadt Meschede
Katharina Bischke
Fraktionsvorsitzende
Goethestr. 4
59872 Meschede
01522/4033822
katharina.bischke@gruene-meschede.de

Katharina Bischke
(Fraktionsvorsitzende)